



Iran: UN erweitert in einer wegweisenden Entwicklung Mandat der Untersuchungsmission, um die Menschenrechtskrise anzugehen

Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedete heute in einer wegweisenden Resolution die Verlängerung und Erweiterung der Untersuchungsmission zum Iran. Die Mission wurde ursprünglich im November 2022 während der „Frau Leben Freiheit“-Proteste eingerichtet. Als Reaktion auf diese Resolution erklärte Sara Hashash, stellvertretende Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International:

„Die Verlängerung der Mandate des Sonderberichterstatters für die Menschenrechtssituation im Iran und der Untersuchungsmission sowie die Ausweitung des Mandats der letzteren sind eine wichtige, lang erwartete Antwort auf die anhaltenden Forderungen von Überlebenden, Opferfamilien und Menschenrechtsverteidigern im Iran und im Exil nach Gerechtigkeit. Da die Mission nicht



mehr auf die „Frau Leben Freiheit“-Proteste 2022 beschränkt ist, kann sie nun auch andere aktuelle oder anhaltende schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht untersuchen. So wird sichergestellt, dass sich die internationale Kontrolle nicht auf ein einzelnes Kapitel der Repression beschränkt, sondern sich mit anhaltenden Mustern schwerer Menschenrechtsverletzungen befasst.

Die heutige Abstimmung ist ein starkes Signal an die iranischen Behörden und ihre Richter, Staatsanwälte, Sicherheits- und Geheimdienstmitarbeiter, dass sie nicht weiterhin schwere Verstöße und Verbrechen nach dem Völkerrecht begehen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.

Sara Hashash, stellvertretende Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International

Die heutige Abstimmung ist ein starkes Signal an die iranischen Behörden und ihre Richter, Staatsanwälte, Sicherheitskräfte und Geheimdienste, dass sie nicht weiterhin schwere Verstöße und Verbrechen gegen das Völkerrecht begehen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Der Mechanismus intensiviert nicht nur die laufende globale Kontrolle, sondern stärkt auch die Bemühungen um Gerechtigkeit durch universelle Gerichtsbarkeit, indem er einen wichtigen Prozess zur Sammlung, Analyse und Sicherung wichtiger Beweise für künftige Strafverfolgungen etabliert.

Dieser Meilenstein folgt auf jahrelanges Engagement von Amnesty International und der iranischen Menschenrechtsgemeinschaft für einen dauerhaften, unabhängigen internationalen Untersuchungsmechanismus. Mit dem Schritt soll die systematische Strafflosigkeit bekämpft werden, die es den iranischen Behörden seit langem ermöglicht, schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen das Völkerrecht zu begehen.

Die Staaten müssen die iranischen Behörden dazu drängen, ihre jahrzehntelange Verweigerung der Zusammenarbeit mit Menschenrechtsmechanismen zu beenden, unabhängigen Ermittlern uneingeschränkten Zugang zu gewähren



und Repressalien gegen Überlebende, Familien von Opfern und andere Personen, die mit UN-Mechanismen zusammenarbeiten, zu beenden.“

Hintergrund

Die am 3. April 2025 verabschiedete Resolution verlängerte das Mandat des Sonderberichterstatters für die Menschenrechtslage in der Islamischen Republik Iran und beschloss, dass die Unabhängige Internationale Untersuchungsmission zur Islamischen Republik Iran weiterhin das Mandat haben soll, „Vorwürfe über jüngste und anhaltende schwere Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran gründlich und unabhängig zu überwachen und zu untersuchen ... und Beweise für solche Verletzungen zu sammeln, zu konsolidieren, zu analysieren, aufzuzeichnen und aufzubewahren ... und sicherzustellen, dass alle Beweise für unabhängige Gerichtsverfahren zugänglich sind.“

Die Resolution wurde mit 24 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen angenommen.

In ihren Berichten vom März 2024 und März 2025 an den UN-Menschenrechtsrat stellte die Untersuchungskommission fest, dass „die iranischen Behörden im Zusammenhang mit den [Frau Leben Freiheit]- Protesten schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, von denen viele Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Mord, Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt, Verfolgung, Verschwindenlassen und anderen unmenschlichen Handlungen darstellen. Diese wurden im Rahmen eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung begangen, insbesondere auf Frauen, Mädchen und andere Personen, die sich für Menschenrechte einsetzen, darunter ethnische und religiöse Minderheiten sowie LGBTQ+-Personen.“

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/04/iran-un-expands-fact-finding-missions-mandate-in-landmark-development-to-address-human-rights-crisis/>

Amnesty International
Pressemitteilung
3. April 2025



Übersetzung mit Hilfe von Google Translate